

HAMBURG, 2. Dezember
Der Anfänger zeichnet einen Schlachtplan in den feuchten Sand. Eine geschwungene Linie, das ist die Karolinstraße. Links neben der Linie ein Viereck, das sind die nördlichen Messehallen, rechts daneben ein Rechteck, die südlichen Messehallen. Die drei Männer, eher noch Jungs, grüßen. „Die Scheiben am Osteingang müssten man auch mal ordentlich bearbeiten“, sagt einer. „Ein kleineres Feuerzeichen, es ist der so kalt“, ein anderer und bläht sich in die Hände. Mit drei Bier haben die drei sich ihre Phantasie buntdruckern. Sie beschließen, einen Rundgang zu machen, einen „alternativen Spaziergang“ um die Hamburger Messehallen, wie sie es nennen.

Noch sind die Straßen frei und kaum Absperungen zu sehen. Die Stadt Hamburg will die Bewohner, so wenig wie möglich, mit den Vorbereitungen auf das OSZE-Treffen Ende nächster Woche in den Messehallen belästigen. Dann reisen Dutzende Delegationen nach Norddeutschland, um hier zu tagen. Das Treffen ist auch die Generalprobe für den G-20-Gipfel, der im Sommer hier stattfinden wird und zu dem Putin, Erdogan und Trump anreisen werden. Mehr als 13 000 Polizisten werden die OSZE-Veranstaltung sichern, Hubschrauber werden in der Luft und Wasserwerfer am Boden sein. Denn die große linke Szene in Hamburg, aber vor allem auch die linksextremistische haben sich angekündigt.

„Die scheidt Kriegerstreifer und Folterker können zu Hause bleiben. Hamburg soll das Geld für was Vernünftiges ausgeben“, sagt einer der Jungs, der Anfänger. Er trägt eine schwarze Lederjacke, auf dem Rücken ist in weißer Schrift ein großes „A“ gemalt. „A“ wie Antifa. Er sei kein aktives Mitglied, aber Sympathisant, sagt er beim Rundgang. Die Hüllen liegen eingekuschelt zwischen Sternschanze und St. Pauli, den beiden linksalternativen Vierteln Hamburgs. Im Quartier Sternschanze steht auch die „Rote Flora“, seit 1989 bezetzt und heiliges Symbol der linken Hamburger Subkultur – und Ausgangspunkt so mancher Krawalle.

Doch nicht nur da. Die drei Jungs kommen am Südeingang der Messe an. Es ist schon dunkel, Bauschleifer sind aufgestellt. Handwerker sägen und schrauben im grellen Licht. Ein Teil der Glaseingangsstruktur ist mit Brettern verriegelt, Scheiben im Vorhang sind geborsten und gesplittert. Am späten Samstagabend, gegen 23 Uhr, kamen hier 30 bis 50 verummurte Personen vorbei, sie zündeten Müllcontainer, Reifen und ein Motorrad an. Die Glasfront des Südeingangs wurde schwer beschädigt. Die Polizei kam zu spät, die Täter waren schon lange weg und verschwinden zuhelfen, denn sie hatten Nagen auf der Straße verteilt. Wenige Stunden später erschien auf einer Internetseite der Szene ein Bekennerscheibchen: „Die Messe ist ein Symbol für den (bisher) nicht endenden Kreislauf von Produzieren und Konsumieren, von dieser Warengesellschaft, die Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt und andere einschließt. Wir wollen diesen Kreislauf wie auch die Messe zerstören.“ Wie die Worte wie Wackersteine.

„Gute Aktion“, sagt der Anfänger der Jungs, der aus der Tasche seiner Lederjacke

Worte wie Wackersteine

Wie sich Autonome in Hamburg auf Ausschreitungen am Rande von G-20-Gipfel und OSZE-Treffen vorbereiten – und warum es der Politik seit Jahren schwerfällt, den Extremisten Einhalt zu gebieten. Von Mona Jaeger



Ein Steinwurf von der Messehalle entfernt: Parolen in der Hamburger Marktstraße

ke noch ein Bier gefischt hat. „Ich kenne die Menschen hier im Karolinenviertel. Die wollen diesen Politist nicht.“

Aber das an die Messe grenzende Karolinenviertel ist längst nicht mehr so, wie es sich noch vorstellte. Vielleicht kann man nirgends so gut beobachten wie hier, wie sich ein Quartier gentrifizieren kann. Die Altbauten sind hübsch, ziehen heute aber keine Hausbesitzer mehr an, sondern gut verdienende junge Familien, die oft noch irgendwie links sind, das breite Angebot im Bio-Supermarkt aber sehr schätzen. Manche Läden tragen hier noch subversive Namen, „U2“ oder „Panter“, aber sie verkaufen längst sehr teure Hüte und sehr teure Kerzenhalter. Im angrenzenden Schanzenviertel wählten bei der Bürger-Schaftswahl vor einem Jahr 2,9 Prozent der Bürger die CDU, 29,1 Prozent die Linkspartei, 27 Prozent die Grünen und 26,6 Prozent die SPD. Die Bewohner kämpfen noch für ihre Ideale – ein bisschen. Der politische Gegner wird nicht mehr niedergedrückt, sondern gesehen. Am Balkongeländer eines Altbaus hängt eine Fahne: „Stoppen Sie TTIP!“

Die Linksextremisten, von denen es in Hamburg laut Verfassungsschutzbericht vom vergangenen Jahr 1090 gibt, mussten sich eine andere Strategie überlegen, um ihre Ziele in die breite Bevölkerung zu tragen. Das machen sie so: Sie sprechen Probleme an, die auch von nichtextremistischen Menschen als Probleme angesehen werden, und verkaufen das als Ausprägung unserer Staats- und Gesellschaftsform, der kapitalistischen Herrschaftsweise, die allesamt abgeschafft werden müsste. Ein Beispiel ist der OSZE-Gipfel in den Messehallen. Die umliegenden Bewohner freuen sich nicht darauf. Sie nervt es, dass sie in die Sicherheitszone nur mit Personalausweis vorgelassen werden, ihr Auto vorher listen lassen müssen. Und dass sie Besucher an den Kontrollstellen abholen müssen, da mit niemand Unbefugtes in den Sicherheitsbereich kommt. Die Cafésbesitzer befürchten Einnahmeverluste. Die Eltern müssen sich überlegen, wo sie ihre Kinder betreuen lassen, denn manche Kitas schließen. Und sie ärgert es, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihnen als Hamburger die beiden Gipfel aufgedrückt hat, weil sie ihre Heimatstadt gedrückt hatte, Gastgeber zu sein. Die Linksextremisten basteln sich daraus die Legende, dass sie im Sinne der meisten Hamburger kämpfen, Feuer legen und Scheiben einschmeißen.

Hamburg kann auch deswegen auf eine schier unendliche Geschichte des Krawalls zurückblicken, die längst nicht nur aus gewalttätigen 1.-Mai-Demonstrationen besteht. In den achtziger und neunziger Jahren ging es vor allem um besetzte Häuser, inzwischen wieder mehr um Personen und Institutionen. Im Oktober erst drangen mehrere Personen auf das Grundstück von Hans Walter Peters vor, des Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken. Sie beschädigten sein Auto mit Buttersäure. Im September verurteilte ein Landgericht den Brandanschlag auf mehrere Autos von Polizeirektor Enno Treumann. In ihrem Bekennerscheibchen dichteten sie: „10 000 mal kontrolliert / 10 000 ist nichts passiert / aber heute Nacht / hat es Buuum gemacht.“

Das klingt alles ein bisschen nach Jahrmarkt und Folklore. Auch deswegen fällt es Hamburg seit vielen Jahren schwer, dem Linksextremismus Einhalt zu gebieten. Die Zahl der Gewalttaten liegt auf hohem Niveau und ändert sich kaum. Zwar gibt es verglichen mit den Vorjahren heute weniger Linksextremisten in der Stadt, aber der Anteil der Gewalttaten unter ihnen ist laut Verfassungsschutzbericht 2015 deutlich gestiegen.

Grade vor soch kritisierten Großveranstaltungen wie dem OSZE-Gipfel lässt es manchen schwer, zu erkennen, was noch legitimer Protest ist und was schon reiner Krawall. Der Studierendenausschuss der Hochschule für Angewandte Wissenschaften plant an diesem Samstag und Sonntag eine „Aktionskonferenz“ gegen den G-20-Gipfel in Hamburg. Viele Gruppen und Bündnisse wollen daran teilnehmen. Unter anderem die „Interventionistische Linke“, laut Verfassungsschutzbericht 2015 eine linksextremistische Vereinigung, die Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffen will. Die „Interventionistische Linke“ bezeichnet sich selbst als militant und distanziert sich von der Einsatzkraft, sie sei eine „gemäßigt auftretende“ Organisation. Als der Studierendenausschuss das Programm seiner Veranstaltung vorstellte, saß zwar niemand von der „Interventionistischen Linke“ dabei, aber dafür Cansu Özdemir, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in der Hamburger Bürgerschaft. Auf die Frage, ob es sie störe, zusammen mit einer AfD ging es dabei wiederum beobachteten Gruppe an einer Veranstaltung teilzunehmen, antwortete sie gegenüber dieser Zeitung: „Auch wenn Gruppen vom Verfassungsschutz beobachtet werden, gilt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es gibt keinerlei Hinweise auf geplante Straftaten seitens des Bündnisses. Aus diesem Grund ist die Vorabkriminalisierung des Bündnisses und ihrer Mitglieder nicht nachvollziehbar.“

Immer mal wieder sympathisieren Vertreter der Linkspartei mit Protesten, die über das übliche Transparentenmal hinausgehen. Die Hamburger Bürgerschaft hat schon oft darüber diskutiert, aber dieses Mal ist etwas anders: Die AfD sitzt in der Bürgerschaft.

Frühes Gesetz, spätes Tattoo

Wie Sicherheitsüberprüfungen künftig verbessert werden sollen / Von Eckart Lohse

BERLIN, 2. Dezember. So eine Möglichkeit zur Verteidigung kann sich ein Politiker nur wünschen. Klar, das war nicht schon für Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), als die Öffentlichkeit am Dienstagabend erfuh, was da beim Verfassungsschutz los ist. Ein Mann, Anfang 50, war im April des Jahres als „Quer-einstieger“ für die Observation von Islamisten beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingestellt worden, und ein halbes Jahr später stellt sich heraus, dass der gebürtige Spanier mit deutschem Pass sich selbst wie ein Islamist auführt, jedenfalls entsprechende Sprüche im Internet verbreitet und Details aus dem BfV in die islamistische Szene weitergab. Es dürfte jedem der Verantwortlichen schnell klar gewesen sein, welche öffentliche Debatte folgen würde: Wie konnte so eine Person bei den Sicherheitsüberprüfungen nicht entdeckt werden?

De Maizière stellte sich vor die Behörde und deren Präsident Hans-Georg Maafen und lobte die Entdeckung des Mannes durch einen anderen BfV-Mitarbeiter. Er habe keine Hinweise, dass bei der Überprüfung nicht sorgfältig vorgegangen worden sei. Warum aber sagte er, er wolle sich

zu möglichen Konsequenzen noch nicht äußern? Die Löschdecke, mit der er die auffällige Diskussion über eine Reform des Gesetzes zur Überprüfung von Mitarbeitern von Sicherheitsbehörden sofort hätte ersticken können, war doch in seinem Ministerium gewohnt worden. Ein fast hundert Seitenlanger Gesetzesentwurf hatte das Innenministerium erarbeitet und die anderen mit dem Thema befassten Ministerien weitergeleitet. Im Innenministerium hieß es am Freitag, man sei „in den letzten Abstimmungen“.

De Maizière hätte sich also nicht den Vorwurf anhören müssen, ellig auf ein bisher nicht erkanntes Problem zu reagieren. Schließlich hatte sein Haus schon 2012 erkannt, dass das aus dem Jahr 1994 stammende Gesetz dringend angepasst werden muss. Nur weil die Legislaturperiode 2013 endete, wurde nichts mehr aus der Novelle, aber das Ministerium arbeitete in der darauffolgenden, der jetzigen Legislatur weiter an dem Projekt. Eine wesentliche Neuerung soll darin bestehen, dass man überprüfen die Aktivitäten von Bewerbern im Internet, etwa in sozialen Netzwerken oder auf einer eigenen Homepage, künftig zu einer Standardmaßnahme werden soll. Bisher geschieht das nur, wenn

es im Ministerium heißt – „sicherheits-erhebliche“ Erkenntnisse auftauchen, die eine solche Recherche erforderlich erscheinen können. Künftig müssen Bewerber und Mitarbeiter der Nachrichtendienste und des Verteidigungsministeriums ihre Mitgliedschaft in sozialen Netzwerken und Adressen eigener Internetseiten in ihren Sicherheitsklärungen angeben.

Ob das die Einstellung des mutmaßlichen Islamisten beim BfV verhindert hätte, ist allerdings fraglich. Bei dem Mann handelt es sich offensichtlich um eine äußerst vielschichtige Persönlichkeit, über die sich kaum sagen lässt, mit welchen Überprüfungsmechanismen man ihn hätte durchsuchen können. Mancher Innenpolitiker hält ihn eher für eine verirrte Person denn für einen Islamisten. Am Freitag veröffentlichte die „Bild“-Zeitung Fotos des Mannes. Auf seiner Brust ist ein großes Porträt von Che Guevara zu sehen. Hätte das bei der Überprüfung eines Bewerbers für ein Verfassungsschutz nicht stutzig machen müssen? So leicht ist es nicht. Der Arzt, der Bewerber untersucht, darf solche Beobachtungen nicht weiterleiten. Außerdem ist das Tattoo angeblich erst Anfang November dieses Jahres entstanden.

Immer mal wieder sympathisieren Vertreter der Linkspartei mit Protesten, die über das übliche Transparentenmal hinausgehen. Die Hamburger Bürgerschaft hat schon oft darüber diskutiert, aber dieses Mal ist etwas anders: Die AfD sitzt in der Bürgerschaft.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz führt seit jeher eine harte Linie gegenüber Linksextremisten. Das muss der Sozialdemokrat wegen des Schill-Traumas seiner Partei tun. 2001 verlor die SPD die Wahl in Hamburg gegen die rechtspopulistische Schill-Partei. Seither will sich Scholz nicht mehr nachsagen lassen, er gehe zu sanft mit Linksextremisten um. Vor allem jetzt nicht, wo die AfD überall im Land aufschwung ist; vergangenes Jahr holte sie aus dem Stand 6,1 Prozent bei der Bürgerschaftswahl. Für den vergangenen Mittwoch hatte sie eine aktuelle Stunde zum Thema Linksextremismus beantragt. Der AfD-Politiker – auch die Linkspartei – in der Bürgerschaft während der Debatte den Brandanschlag auf die Messehallen. Arno Münsch von der SPD sprach von „Wirrköpfen“, die eine „absolute Minderheit“ unter den Demonstranten stellen. Die Polizei werde nicht zurückweichen, auch ihr Einsatzkonzept nicht ändern.

„Das werden wir ja noch sehen, ob die Polizei nicht doch ein bisschen zurückweichen wird“, sagt der Anfänger der linken Sympathisanten am Ende des Rundgangs. In dem Bekennerscheibchen kündigt die linksextremistische Gruppe weitere Gewalttaten an. „Ich freue mich“, sagt der Junge mit der schwarzen Lederjacke und blickt vom Karolinenviertel auf die andere Straßenseite. Die Messehallen, der Tagungsraum, sind nur einen Steinwurf entfernt.

Unter Scheidenden

Gauck ehrt Schulz

BERLIN, 2. Dezember. Eigentlich wurde an diesem sonnigen Freitagmorgen im lichtdurchfluteten Schloss Bellevue lediglich ein „großer Europäer“ mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet. Doch weil allseits erwartet wird, dass sich der scheidende Bundespräsident und der scheidende Präsident des Europaparlaments in Balde noch einmal am selben Ort wiedersehen werden und der Anlass dann ebenso feierlich sein wird, hatte der Termin auch etwas Kurioses. Wie doch alles mit allem zusammenhängt: Joachim Gauck hat mit Blick auf sein Alter auf eine zweite Amtszeit verzichtet. Frank-Walter Steinmeier wird gegen jede Erwartung sein Nachfolger, und dessen Posten als Außenminister dürfte wiederum Martin Schulz übernehmen. Offiziell ist das noch nicht. Schließlich ist die Frage, ob er nicht doch (auch) SPD-Kanzlerkandidat wird, noch ungeklärt. So wird er nicht Berlin wechseln wird, ist klar. So beließ es Gauck bei einer augenzwinkernen Bemerkung: Er verknüpfte seinen großen Dank zugleich mit einer positiven Bitte: „Kämpfen Sie auch in neuen Größen – in welcher Funktion auch immer – weiter wert- und wirkmächtig für Europa, für die europäische Demokratie und das Wohl der europäischen Bürger.“ Als er Schulz das Verdienstkreuz überreichte, fügte er hinzu, so sehe „das schöne Teil“ aus; vielleicht habe Schulz, der im schwarzen Anzug erschienen, (auch) in Norwegen entdeckt worden. Wie das Polizeipräsidium Oberrhein Nord am Freitag in Ingolstadt mitteilte, stellte die Polizei im norwegischen Bergen nach einem anonymen Hinweis das Tor sicher. Die Polizisten in Bayern gehe davon aus, dass es sich um das in Dachau entwendete Tor handelt. (AFP)

Wichtiges in Kürze

Tor von KZ Dachau entdeckt

Das vor rund zwei Jahren von der KZ-Gedenkstätte Dachau gestohlene historische Schlüsselstück ist mit hoher Wahrscheinlichkeit in Norwegen entdeckt worden. Wie das Polizeipräsidium Oberrhein Nord am Freitag in Ingolstadt mitteilte, stellte die Polizei im norwegischen Bergen nach einem anonymen Hinweis das Tor sicher. Die Polizisten in Bayern gehe davon aus, dass es sich um das in Dachau entwendete Tor handelt. (AFP)

Sanktionen gegen Nordkorea

Japan und Südkorea haben am Freitag ihre einseitigen Sanktionen gegen Nordkorea verstärkt. Japan erweiterte den Kreis von Nordkoreanern und von Personen, die nach einem Besuch Nordkoreas Japan nicht mehr betreten dürfen. Zugleich will die Regierung japanische Vermögen von mehr Unternehmen und Personen einfrieren, die an Nordkoreas Atomprogramm in weiterem Sinne beteiligt sind. Südkorea ergriff ähnliche Schritte und setzte unter anderem zwei eng Vertraute des Diktators Kim Jong-un auf eine schwarze Liste. Südkorea blockiert ferner Wirtschaft- und Finanzbeziehungen mit einer erweiterten Zahl von Unternehmen und Personen aus Nordkorea und aus dem Ausland und will deren Vermögen einfrieren. (pwe.)

Kritik an Weißrussland

Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben die vermeintlich dir Hinrichtung in Weißrussland in diesem Jahr verurteilt. Michael Link von der OSZE rief das Regime in Minsk auf, diese „grausame, unmenschliche und herabsetzende“ Strafe zunächst auszusetzen und dann abzuschaffen. Das forderte auch Thorbjörn Jagland, der Generalsekretär des Europarats; man sei „sehr besorgt“. Zuvor war bekanntgeworden, dass ein wegen dreifachen Mordes verurteilter Minsker naner Kim Jong-un auf eine schwarze Liste. Südkorea blockiert ferner Wirtschaft- und Finanzbeziehungen mit einer erweiterten Zahl von Unternehmen und Personen aus Nordkorea und aus dem Ausland und will deren Vermögen einfrieren. (pwe.)

Kanzlerin im Neuland

Merkel beantwortet Fragen im Video-Chat

FRANKFURT, 2. Dezember. Angela Merkel tingelt seit einigen Wochen durch das Land. Bei Regionalkonferenzen antwortete sie auf die Fragen der CDU-Basis. Es soll um die Zukunft der Partei gehen und ganz allgemein Themen, die die Menschen bewegen. Zum Abschluss lädt die Kanzlerin zur Sprechstunde im Internet. Eine Stunde lang antwortete sie auf die Fragen, die Bürger in kurzen Videoschalten über Mobiltelefone und Laptops stellen. Regionalkonferenz im Neuland sozusagen.

Insgesamt 800 Parteimitglieder nehmen teil. Sie wollen wissen, welche Vision Merkel für Deutschland hat (sie antwortet ausweichend), ob ausländische Studenten bald Studiengebühren zahlen müssen (nein), wie man mit dem Brexit umgeht (großzügig) und wie die Regierungsinfrastruktur auf dem Land erhalten will. Ein Ortsverein aus der nieder-rheinischen Gemeinde Alpen zeigt während der bakenden Videoschaltung sein Wohnzimmer über eine schlechte Internetverbindung. Auch hier spielt das Thema Flüchtlinge eine große Rolle. Was, wenn der Haushalt durch die Unterbringungskosten in Schiefelage gerät? Merkel hört zu, erklärt und bittet darum, dass

man ihr im konkreten Fall eine ausführliche E-Mail schicken. „Ich kümmere mich darum.“

In der zweiten Hälfte meldet sich ein CDU-Mitglied aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, ein Professor mittleren Alters. Er wolle keine Erklärungen mehr von der Kanzlerin bekommen. „Der einzige Grund, wieso ich hier bin: Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben Angst um die Zukunft meiner Kinder und die Stabilität der Gesellschaft.“ Kritiker von Merkels Politik dürften nicht als Rechtspopulisten abgetan werden, er selbst sei ein „ganz harmloser Mensch“. Die Kanzlerin sieht jetzt sehr ernst aus. Sie nehme die Angst ernst und die Position zur Kenntnis, sagt Merkel. In „Abwägung der anderen Möglichkeiten“ habe man sich im vergangenen Jahr entschieden, Menschen ins Land zu lassen. Eine Argumentation aus der Not der Entscheidung heraus.

Die meisten Parteifreunde sind am Ende der kurzen Gespräche glücklich und dankbar, manche applaudieren. Nur der Professor aus dem Rheingau, der einen Politikwechsel von der Bundeskanzlerin fordert, mehr Schutz der Grenzen, erreicht bei Merkel nichts. Die Schalte endet unversöhnlich. (tist.)

Frankfurter Allgemeine

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN
DRUCK: Frankfurter Allgemeine Druckerei GmbH, Kuhlfeststraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.
Anliches Publikationsorgan der Bertelsmann AG, Herford. Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsische Börse zu Hannover, Börsen-München, Baden-Württembergische Wertpapierbörse zu Stuttgart
ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postfach 60267 Frankfurt am Main
Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Pressesammlungen Verantwortlichen und Vertretungsbevollmächtigten
TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abonnentenservice: 01 800 42 47 76 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute)
Telefax: Anzeigenservice (069) 75 91-23 33; Redaktion (069) 75 91-43; Vertrieb (069) 75 91-21 80.
BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbrief@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main
ISBN: DE58 5001 0060 0091 3936 04. BC: FRANKDEFF

Sachbücher: Hendrik Hintersmeyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Hannes Wiedewitz; Reiseleiter: Freddy Langer; Saal und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.
Bildredaktion: Christian Pohlert; Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Johannes Janssen; Informationsgrafik: Thomas Eberhard.
GESAMTVERANTWORTUNG: Thomas Lindner (Vorstandsvorsitz); Burkhard Petzold.
VERANTWORTUNG FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gier.
Anzeigenpreise Nr. 76 vom 1. JANUAR 2016 an; für Stellenanzeigen: FAZ-Stellermakel-Preistabelle Nr. 10 vom 1. Januar 2016 an.
MONATSBESUBSKRIPTION: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 62,90 € einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 69,90 €. Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 31,40 €. einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 31,90 € einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 36,90 €. Bei Postzugang der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 71,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7% Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 44,90 €. Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen FAZ: 1,80 €, der digitalen

F.A.S. 3,20 € jeweils einschließlich 19% Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die FAZ erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch am Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung durch die Deutsche Druck- und Verlags-Gesellschaft GmbH & Co. KG, Friedrichstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.
Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bis zum Ende des vorausbestimmten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.
NACHDRUCK: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form verbreitet und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig.
Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihrer Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter: www.faz.de/rechte.de. Auskünfte erhalten Sie unter: nachdruck@faz.de oder telefonisch unter 069 75 91-2968. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter: www.presse-monitor.de oder telefonisch unter 030 28 49 30, PIMG Presse-Monitor GmbH.

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.